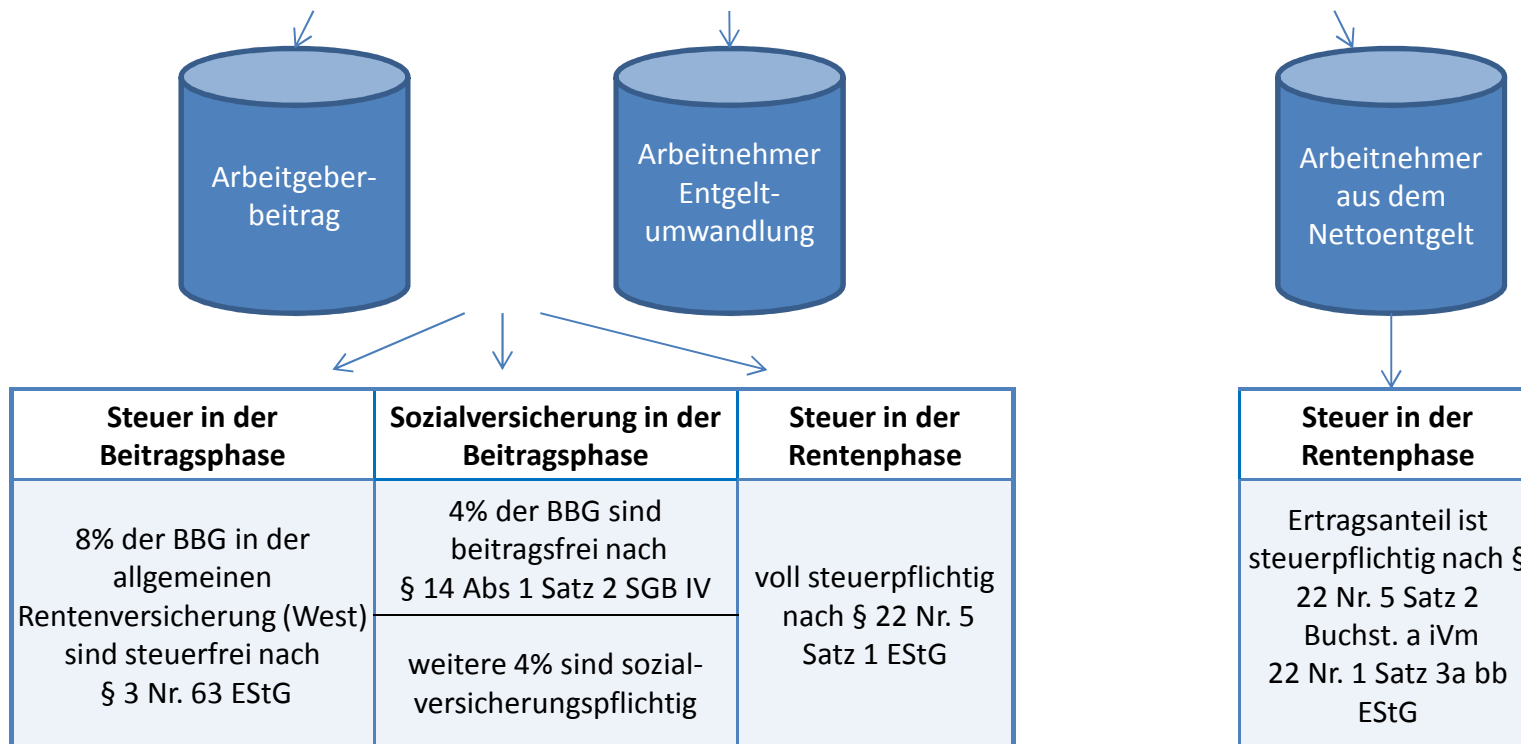


## Finanzierung des Pensionskassenbeitrages durch... ab 01.01.2019



Vorrang des Arbeitgeberbeitrags bei der Beurteilung von Steuer- und Sozialversicherungsbeitrages!

## Erläuterungen:

---

- 1) 4% der Beitragsbemessungsgrenze (West) in der gesetzlichen Rentenversicherung sind steuer- und sozialversicherungsfrei; dies sind in 2019 268€ pro Monat bzw. 3.216€ pro Jahr.  
  
Weitere 4% der Beitragsbemessungsgrenze (West) in der gesetzlichen Rentenversicherung sind steuerfrei.
  - 2) Beiträge des Arbeitnehmers aus Entgeltumwandlung sind steuerfrei, soweit die Höchstgrenzen nicht bereits durch Arbeitgeberbeiträge ausgeschöpft sind.
  - 3) Ein etwaiger Altvertrag mit einer Besteuerung nach § 40b EStG (Pauschalversteuerung) wird auf die weiteren 4% angerechnet und reduziert somit dementsprechend den steuerfreien Dotierungsrahmen
  - 4) Für Neuzusagen bei der Entgeltumwandlung ab 01.01.2019 ist der Arbeitgeber - vorbehaltlich tarifvertraglicher Ausnahmen - verpflichtet, den vom Arbeitnehmer umgewandelten Beitrag zu bezuschussen:  
  
-> in Höhe seiner Ersparnis bei der Sozialversicherung bzw. mit pauschal 15%.  
  
Für bereits vor dem 01.01.2019 bestehende Entgeltumwandlungsvereinbarungen besteht diese Zuschusspflicht erst ab 01.01.2022.
  - 5) Arbeitgeber, die sogenannte Geringverdiener (max. 2.200 € monatliches Bruttogehalt) mit zusätzlichen Arbeitgeberbeiträgen fördern (mind. 240 €, max. 480 € pro Jahr), erhalten einen staatlichen Zuschuss in Höhe von 30% des geförderten Beitrages (also mind. 72 € und max. 144 € pro Jahr).
  - 6) Bei Rentenbezug ist die Pensionskasse verpflichtet, die gezahlte Rente der Zentralen Stelle für Altersvermögen (ZfA) mitzuteilen und Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner einzubehalten und abzuführen. Letzteres gilt nicht für Riesterverträge in der bAV, die durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz von der Verbeitragung in der Auszahlungsphase ausgenommen worden sind.
  - 7) Aus dem Rentenbezug ist ein Betrag von aktuell bis zu 200 € anrechnungsfrei auf eine etwaige Grundsicherung des Rentners.
- Weitere Hinweise:
- Bei Ausscheiden aus einem Unternehmen können Arbeitnehmer (beispielsweise aus einer Abfindung) zusätzliche Beiträge steuerfrei einzahlen und zwar in Höhe von 4% der BBG multipliziert mit der Zahl der Beschäftigungsjahre (aber max. 10 Jahre). Eine Anrechnung bereits steuerfrei gezahlter Beiträge entfällt.
  - In Zeiten, in denen das Arbeitsverhältnis ruht (z. B. Elternzeit), können oftmals aus finanziellen Gründen keine Beiträge zur bAV geleistet werden. Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz ist in § 3 Nr. 63 EStG nun eine steuerfreie Nachzahlungsmöglichkeit geschaffen worden. Diese gilt ab 01.01.2018 auch rückwirkend und ist in Höhe von max. 10 x 8% der BBG möglich.
-